

ler Beziehungen zwischen dem deutschen Friedensstaat der DDR, und anderen Ländern zu verhindern.

Diese Politik der westdeutschen Bundesrepublik ist eine Herausforderung an alle Völker und friedliebenden Staaten, die die Einstellung des atomaren Wettrüstens, Maßnahmen zur Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und die Beseitigung der Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges fordern.

Die aggressiven Kräfte der USA betrachten das Bündnis mit dem westdeutschen Imperialismus als wichtigste Bedingung für die Aufrechterhaltung ihrer militärisch-politischen Positionen in Europa. Deshalb halten sie an dem Plan fest, der westdeutschen Bundeswehr durch eine sogenannte multilaterale Atomstreitmacht der NATO Zugang zu Kernwaffen zu verschaffen. Beide Seiten stimmen überein, daß die Verhinderung der atomaren Aufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik zu einer Schlüsselfrage im Kampf um die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und des Weltfriedens geworden ist.

Die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik lenken die Aufmerksamkeit der Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantikblocks auf die ernsten Folgen, die für den Frieden und die Sicherheit Europas entstehen, wenn die westdeutschen Militaristen und Revanchisten Zugang zu Kernwaffen erhalten. Gleichzeitig erklären beide Seiten: Falls die NATO-Staaten der westdeutschen Bundesrepublik Zugang zu Kernwaffen verschaffen, werden die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion gemeinsam mit den anderen Ländern der Organisation des Warschauer Vertrages gezwungen sein, die notwendigen Schutzmaßnahmen zur **Gewährleistung ihrer Sicherheit zu treffen.**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion brachten ihre Besorgnis über den Konflikt zwischen den beiden großen Staaten Asiens, Indien und Pakistan, zum Ausdruck. Beide Seiten begrüßen die Feuereinstellung zwischen beiden Staaten. Die DDR und die Sowjetunion geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Feuereinstellung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung des Friedens in diesem Gebiet sein wird. Es ist notwendig, die Anstrengungen zur Regelung der strittigen Fragen zwischen Indien und Pakistan mit friedlichen Mitteln, durch Verhandlungen, fortzusetzen.

Die Delegation der DDR brachte ihre volle Zustimmung zu den Maßnahmen zum Ausdruck, die von der Sowjetunion zur friedlichen Beilegung des indisch-pakistanischen militärischen Konflikts ergriffen wurden.